

## Notizen

Gegen eine völlige Offenlegung der Akten des früheren DDR-Staats-sicherheitsdienstes sprach sich der Apostolische Administrator in Magdeburg, Bischof *Leo Nowak*, aus. Diese enthielten nicht unbedingt glaubwürdige und im juristischen Sinne stichhaltige Angaben, gab er zu bedenken. Eine Veröffentlichung berge die Gefahr in sich, daß vielen Menschen aufgrund dieser fragwürdigen Akten Unrecht geschehe. Bischof Nowak warnte auch vor einer pauschalen Verurteilung von ehemaligen SED-Parteimitgliedern. Es sei unrealistisch zu meinen, alle früheren Parteimitglieder, die heute noch bestimmte Ämter innehätten, könnten umgehend ausgewechselt werden. Nowak beklagte in dem Zusammenhang, daß Bürger der alten Bundesländer oftmals wenig Einfühlungsvermögen in das Schicksal ehemaliger DDR-Bürger zeigten.

Die sterblichen Überreste des früheren Erzbischofs von Breslau und langjährigen Vorsitzenden der Fuldaer Bischofskonferenz, Kardinal *Adolf Bertram* (1859–1945), wurden am 9. November in der Krypta des Breslauer Doms beigesetzt. Gegen Ende des Zweiten Weltkriegs war Kardinal Bertram nach Jauernig in der heutigen CSFR geflohen und nach seinem Tod dort auch begraben worden. Als Vertreter der Deutschen Bischofskonferenz nahm an den Feierlichkeiten der Hildesheimer Weihbischof *Heinrich Machens* teil. Bevor Bertram Erzbischof von Breslau wurde, war er Bischof von Hildesheim.

Im Rahmen einer Eucharistiefeier auf dem Petersplatz sprach Johannes Paul II. am 27. Oktober den Kölner Diözesanpriester und Gründer des Internationalen Kolpingwerkes, *Adolph Kolping* (1813 bis 1865), selig. Der Papst würdigte den neuen Seligen als „Wegbereiter und Vorläufer der großen Päpstlichen Sozialzyklen“ von „*Rerum novarum*“ im Jahre 1891 bis hin zu „*Centesimus annus*“ in diesem Jahr. Johannes Paul II. verwies auf das Bemühen Kolpings für eine Erneuerung der Gesellschaft seiner Zeit. Kolping habe versucht, die Christen aus ihrer Trägheit aufzurütteln und sie an ihre Verantwortung für die Welt zu erinnern. Von den rund 50 000 Teilnehmern an der Seligsprechungsfeier kamen allein rund 30 000 aus Deutschland, unter ihnen zahlreiche Bischöfe und Politiker aus Bund und Ländern.

Im März 1992 soll der definitive Entwurf eines „*Katechismus für die Universalkirche*“ dem Papst zur Approbation und Promulgation vorgelegt werden. Die Anregung zur Erarbeitung eines „Weltkatechismus“ geht auf die Sondervollversammlung der Bischofssynode Ende 1985 zurück; 1989 wurde ein Entwurf zur Begutachtung

an alle Bischöfe und Bischofskonferenzen geschickt. Bei dieser Konsultation zeigte sich neben Zustimmung auch viel Gesamt- und Detailkritik am Entwurf, die zur Neufassung ganzer Kapitel führte. Vom 23. bis 25. Oktober tagte jetzt im Vatikan die Kommission für den „Weltkatechismus“ zusammen mit dem Redaktionskomitee; den Teilnehmern lag ein siebter Entwurf vor, der dem Kommuniké zufolge den Ergebnissen der Konsultation des Weltepiskopats Rechnung trägt.

Das Oberhaupt der *äthiopisch-orthodoxen Kirche*, Patriarch *Merkorios*, ist von seinem Amt zurückgetreten und hat sich in ein Kloster zurückgezogen. Dem Patriarchen wurde nach dem Sturz des kommunistischen Regimes unter *Mengistu Haile Mariam* dieses Frühjahr Kollaboration mit dem Regime vorgeworfen. Tausende von Gläubigen forderten in Demonstrationen die Ablösung des diskreditierten Patriarchen; auch im Klerus und bei den Bischöfen wurde der Rücktritt des Kirchenoberhaupts verlangt. Die äthiopische Kirche ist die größte der „altorientalischen“ oder „monophysitischen“ Kirchen, die nach dem Konzil von Chalkedon (451) einen eigenen Weg gingen.

Gegen die *Legalisierung der Euthanasie* hat sich der Geschäftsführende Ausschuß der US-Bischofskonferenz ausgesprochen (Wortlaut in: *Origins*, 26. 9. 91, 257 f.). Die Befürworter der Euthanasie versuchten lediglich, die Verwirrung, die Ambivalenz und sogar die Furcht vor dem Gebrauch moderner, das Leben verlängernder Technologien für ihre Ziele zu nutzen. Die Entscheidung, jemandem das Leben zu nehmen oder einem Arzt zu erlauben, einen leidenden Patienten zu töten, stelle jedoch etwas grundlegend anderes dar als die Entscheidung, einem Kranken eine außergewöhnliche und unverhältnismäßig belastende Behandlung zu ersparen. Die christliche Tradition anerkenne durchaus, daß man nicht gehalten sei, alle verfügbaren medizinischen Verfahren unter allen Umständen anzuwenden. Im US-Bundesstaat Washington wurde in einem Volksentscheid am 5. November eine Gesetzesinitiative abgelehnt, die eine ärztliche Sterbehilfe legalisiert hätte.

Der mexikanische Präsident *Carlos Salinas de Gortari* strebt eine Milderung der antiklerikal-laizistischen Verfassungsbestimmungen des Landes an. Seit der mexikanischen Revolution vor 75 Jahren hat die katholische Kirche in Mexiko keinerlei Rechtsstatus, sie darf keine Erziehungseinrichtungen betreiben und keinen Besitz erwerben. Diese offizielle „feindliche“ Trennung von Kirche und Staat wird seit langem de facto vielfach unterlaufen,

gilt aber de jure nach wie vor. Jetzt forderte Präsident Salinas in seiner Botschaft zur Lage der Nation das Parlament auf, einen neuen rechtlichen Status für die Kirchen zu schaffen, der sich auf Trennung von Staat und Kirche, Achtung der Religions- und Kirchenfreiheit sowie die staatliche Aufsicht über das Erziehungswesen gründen solle. Von der katholischen Kirche Mexikos wurde der Vorstoß des Präsidenten grundsätzlich begrüßt; Kardinal *Corripio Abumada*, der Erzbischof von Mexicocity, entnahm der Rede des Präsidenten die Hoffnung auf eine Normalisierung der Staat-Kirche-Beziehungen.

Bei einer Pressekonferenz anlässlich seines Treffens mit dem Erzbischof von Canterbury Anfang November erhob der russisch-orthodoxe Patriarch *Aleksij II.* erneut schwere Vorwürfe gegen das Vorgehen der katholischen Kirche in der UdSSR bzw. in Rußland. Der Patriarch von Moskau beklagte zum einen die Wiederherstellung der ukrainisch-katholischen Kirche in der westlichen Ukraine, zum anderen die wachsende katholische Präsenz in Rußland. Er warf dem Vatikan den Bruch einer Vereinbarung mit der russisch-orthodoxen Kirche vor, wonach die beiden Kirchen sich nicht gegenseitig Gläubige abwerben sollten. Außerdem hielt der Patriarch dem Vatikan vor, bei den jüngsten Bischofsnennungen in Rußland (unter anderem der eines Apostolischen Administrators im Rang eines Erzbischofs mit Sitz in Moskau) die russisch-orthodoxe Kirche nicht im Vorfeld informiert zu haben.

Auch der *Deutsche Evangelische Kirchentag* ist jetzt wieder gesamtdeutsch organisiert. Die obersten Gremien der Kirchentagsarbeit in der früheren DDR und des westdeutschen Kirchentags verabschiedeten eine neue Ordnung für den Deutschen Evangelischen Kirchentag. Der nächste Kirchentag (er findet 1993 in München statt) wird wieder gemeinsam vorbereitet und verantwortet. Die neue Ordnung sieht u. a. vor, daß neben den alle zwei Jahre im Wechsel mit den Katholikentagen stattfindenden zentralen Kirchentagen auch *regionale Kirchentage* stattfinden sollen, wie sie bisher in der DDR üblich waren. Dem bis 1995 amtierenden Vorstand des Kirchentags gehört neben den westdeutschen Vertretern *Erika Reihlen* (Westberlin) und *Ernst Benda* (Karlsruhe) *Annemarie Schönherr* (Ostberlin) als Vertreterin der ostdeutschen Kirchentagsarbeit an.

Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe sind eine Verlegerbeilage und ein Prospekt des Markgrafen-Verlages, Bad Krozingen, beigelegt.